

# Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstrasse Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweitzer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Cypress-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* Berlin, 18. Nov. [Die Kreuzzeitung] bringt wieder einen höchst auffälligen Zeitartikel. Es wird darin ausgeführt, ein „lauwarmes“ Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich, diesen Rivalen in Deutschland seit Alters her, sei nicht möglich; es heiße vielmehr entweder „Rein ab!“ oder „Bis ans Messer ausgefochten!“. Der Artikel verfolgt offenbar den Zweck, auf der einen Seite Oesterreich darauf aufmerksam zu machen, welche Vortheile ihm die preussische Allianz biete, auf der anderen Seite aber dasselbe vor einem Abfall zu warnen, ihm bange zu machen. Ein Abfall scheint nemlich allerdings befürchtet zu werden. Der „Krenz-Ztg.“ selbst berichtet man aus Wien von einer „gewissen Spannung“. Man vergleiche hiemit den gestern unter Paris mitgetheilten Artikel der „France“, worin gesagt wird, Frankreich wolle keine Territorialvergrößerungen, werde sich aber, wenn Andere solche vornähmen, schadlos zu halten wissen. Unter solchen Umständen wird immer ersichtlicher, daß die Actien der Annexion und somit die des jetzigen preussischen Regierungssystems überhaupt nicht im Steigen begriffen sind.

[In Sachen des italienischen Handelsvertrags] glaubt man, Italien werde auf die von Sachsen angebotenen Unterhandlungen wegen des Handelsvertrages eingehen. Die sächsische Regierung hat die Anerkennung des Königreichs Italien in Folge des abzuschließenden Vertrages schon früher in Aussicht genommen. Es wird als keineswegs unwahrscheinlich angesehen, daß der eine oder der andere Mittelstaat, beispielsweise Bayern, sich zu der directen und vorgängigen Anerkennung entschließen werde. — Gegenüber der von der „Weimar. Ztg.“ gebrachten Mittheilung über das Verhältnis der sächsischen Regierung zum Abschluß des italienischen Handelsvertrages bemerkt das „Dresdener Journal“, die sächsische Regierung habe allerdings diesen Gegenstand neuerlich in Berlin angeregt und zugleich die Erklärung gegeben, ihrerseits werde die Ratification „in einer der italienischen Regierung genehmen Fassung erfolgen.“ Dieser Ausdruck ist freilich nicht bestimmt. Jedenfalls ist aber zu erwarten, daß Italien sich nichts vergebend, sondern eine vorgängige und directe Anerkennung verlangen werde.

\* Wien, 15. Nov. [Zur Wahlbewegung in Ungarn] schreibt man der „Allg. Ztg.“ von Pesth, 14. Nov.:

hingedeutet, daß als ein bezeichnender Charakterzug der gegenwärtigen politischen und Wahlbewegung das Hervortreten des bürgerlichen Elements betrachtet werden muß. Daß in Ungarn, wie es gegenwärtig geschieht, demokratische Principien ganz offen proklamirt werden, ist etwas ganz Unerhörtes. Selbst die Revolution von 1849 hat derartiges bekanntlich nicht zu Tage gebracht, sie war durchaus national-aristokratisch, und Kossuth mit seinem ganzen Ministerial- und Generalsstab nichts weniger als ein Demokrat, wenn auch ein ausgezeichnete Demagoge. Auch im Jahre 1861 machte sich irgend ein Einfluß der bürgerlichen Schichten so wenig bemerkbar, daß von den ungefähr 370 Deputirten des Reichstages kaum 20 dem eigentlichen Bürgerstand angehörten. Dieses in seinem Land der Welt in dem Grade sich ergebende Mißverhältnis ist einerseits durch die große Zahl, sowie durch die bis vor wenigen Jahren noch bestandenem gesetzlichen und bis heute noch bestehenden socialen Vorrechte der Mitglieder des Adelsstandes, andererseits durch den Mangel eines wohlhabenden und entsprechend gebildeten eigentlichen Mittelstands in Ungarn erklärlich. In den größeren Städten, in denen ein solcher zum Theil wenigstens existirt, wirkt wiederum der Umstand entgegen, daß der größere Theil der Handelstreibenden, weil dieselben Juden sind, bekanntlich heute noch politisch rechtlos und auch in socialer Beziehung, zum Theil durch ihre eigene Schuld, wenig angesehen und ohne allen Einfluß sind. Um so erfreulicher ist es nun, daß sich gegenwärtig endlich eine mehr Selbstbewußtsein und Selbstachtung verrathende Regsamkeit unter den bürgerlichen Schichten der Bevölkerung, und zwar unter Führung von Männern aus den Berufsständen der Kunst und Wissenschaft, unzweideutig kund giebt. Natürlich kann sich eine solche aus den vorstehend angeführten Gründen zunächst nur in den größeren Städten geltend machen; ihren lebhaftesten Ausdruck hat dieselbe, wie leicht erklärlich, in den beiden Hauptstädten gefunden. Den Anlaß dazu gab die Candidatur des Dr. Schwarz, die seit der Zeit so zahlreiche energische Anhänger gewonnen hat, daß bereits von dem freiwilligen Rücktritt des Gegen-Candidaten Hrn. v. Gorove die Rede ist. Aber auch über den betreffenden Wahlbezirk hinaus hat sich diese Bewegung verbreitet, und man spricht ebenfalls ganz ernstlich von dem gleichzeitigen Rücktritt des Hrn. v. Komomy, eines der Führer der Deakischen Partei, der gegen seinen Gegen-Candidaten, Advocat-Rath, bereits entschieden in der Minorität sein soll. Sollten diese beiden Candidaten des Bürgerstandes durchdringen, so würde Pesth Dien, selbst wenn man Döak, der doch wenigstens seinem Beruf und auch seinem ganzen Wesen nach einfach bürgerlich ist, mit zur Aristokratie rechnen will, durch vier dem Bürgerstande und nur drei dem Adel angehörnde Deputirte vertreten sein — ein bisher noch nie dagewesenes Verhältnis. Natürlich bietet die durch ein solches Ereigniß in ihrem Einfluß arg bedrohte Aristokratie alle Mittel auf, dasselbe abzuwenden. Die Herren Barone sind zur Zeit ganz kampflos und Herablassung; sie bewegen sich ungenirt in den bürgerlichen Gesellschaften, bringen überaus freisinnige Toaste aus, und preisen das glückliche Loos derjenigen, welche behäbig von den Früchten ihrer „Arbeit“ leben. So, es geschieht sogar das bis jetzt Unerhörte, daß J. B. bei einem Bankette, welchem Hr. v. Göttös präsidirte, unter den Nationalbankern mit mächtigen Buchstaben die Worte: „Demokratia, Test-vöriseg“ (Brüderlichkeit und Demokratie) zu lesen sind, und dem gegenüber finden wir in den demokratischen Reihen der zu Ehren des Dr. Schwarz bankettirenden jüngeren Mitglieder der ungarischen Aristokratie von den

ältesten Namen der Orczy, Bathyanys und Karoly's, von denen einer in seiner Ansprache erklärt: „Benignestens unter den jüngeren Mitgliedern des ungarischen Adels gebe es noch solche, die sich aufrichtig zu demokratischen Grundsätzen bekennen!“ Das sind sicherlich Zeichen der Zeit, die von beiden Seiten verstanden werden. — Freilich ist das, wie angedeutet, nur der Anfang einer Bewegung, welche vorläufig noch von zu geringer Intensität und namentlich von zu geringem Umfang ist, als daß sie bereits in nächster Zeit für die Gestaltung des öffentlichen Lebens von bestimmendem Einfluß sein könnte. Aber ebensowenig läßt sie sich mehr zurückweisen oder auch nur hemmen, und sie wird größeres Gewicht erlangen und bedeutend schnellere Fortschritte machen sobald in Ungarn, was unausbleiblich in kürzester Zeit geschehen muß, die Ordnung der wirtschaftlichen Angelegenheiten in den Vordergrund tritt. Zur Führung in derselben, ja überhaupt nur zur nachdrücklichsten Förderung, fehlt es dem Adel, wie zahlreiche Beispiele lehren, ebenso an Fähigkeiten als an Integrität des Charakters. Wo es auf positive Kenntnisse, auf ernste harte Arbeit und auf uneigennütziges ehliches Wirken ankommt, da ist es mit der Herrschaft der Aristokratie zu Ende, in Ungarn wie überall!

— [Die Bourgeoisie über Dr. Schwarz.] Der Wiener „Presse“ schreibt ihr Pesther Correspondent:

Herr Schwarz hat es in kurzer Zeit sehr weit gebracht. Vor zwei Monaten noch kaum gekannt, nur von einigen intimen Freunden als himmelstürmendes Genie angesehen, hat er es heute schon so weit gebracht, von Schusterhufen und anderem Straßengesinde in einem Omnibus durch die Gassen gezogen zu werden. Sie können sich nicht denken, welche Indignation diese lächerliche, den Geber und Empfänger gleichmäßig beschämende Ovation hier allenthalben hervorruft. Gorove wird von Niemandem für ein Genie gehalten; alle Welt weiß es, daß er im besten Falle ein Talent zweiten Ranges ist; neben Schwarz aber wächst er zu ganz ungeahnter Höhe, und erhält in ihm einen Hintergrund, wie er sich keinen geeigneteren wünschen kann. Denken Sie sich einen jungen Mann, der Zeit seines Lebens nichts Anderes gethan, als Bücher gelesen, alte und neue, klassische und moderne, ohne Wahl und Geschmack; der sich stets mit den selbstsamten Wissenschaften beschäftigt, nur um schon durch die Wahl seiner Studien Aufsehen zu machen; der bei nichts länger ausgehalten, und immer etwas Neues, noch Barockeres angestanden; denken Sie sich hierzu noch den Mangel jedes gefunden Urtheils, die konfuseste, verkehrteste Auffassung der natürlichsten, einfachsten Dinge; geben Sie zu diesen lächerlichen Sachen noch die raffloseste Selbstüberhebung und Eitelkeit, die um jeden Preis bemerkt und besprochen werden will; und Sie haben ein Bild vom jugendlichen Don Anzote, der gegenwärtig die Hauptstadt unsicher macht.

Dieses Urtheil erinnert durch die aus demselben sprechende Verbitterung unwillkürlich an die seinerzeit laut gewordenen Bourgeoisestimmen über Pafalle und es ist jedenfalls gerathen, gegen ein solches Urtheil sehr misstrauisch zu sein.

Tags darauf wird der „Presse“ aus Pesth berichtet:

Die Schwarzianer werden sich morgen Abend im Ankerzaal zu einem Bankett versammeln, wir können uns also wieder auf eine tüchtige „Feier“ gefaßt machen.

Schon in einem früheren Bericht haben wir darauf

## Ausland.

\* **Paris, 16. Nov.** [Der „Moniteur“ und die Armee-Reduction. Tagesbericht.] Gestern hat der „Moniteur“, der „France“ und „Patrie“ wie dem „Pays“ widersprochen, heute steht er im Widerspruche mit sich selbst, indem er, was gestern nur „im Principe“ beschlossen sein sollte, heute im Detail eines Berichtes vom Kriegs-Minister an den Kaiser nebst dem bestätigenden kaiserlichen Decrete bringt. Dieses Actenstück ist aus Compiègne, 15. Nov., datirt und war folglich schon unterzeichnet, als der „Moniteur“ noch in voller Widerlegung der für schlecht unterrichtet angesehenen Blätter begriffen war. Der Kriegs-Minister wollte Fould im letzten Augenblicke eine Grube graben, fiel aber selbst hinein. Der Beschluß des Kaisers erhält durch diesen unerquicklichen Zwischenfall eine tiefere Bedeutung: es ist bitterer Ernst mit dem Sparen. Wenn man die Angaben jener Blätter mit dem kaiserlichen Decrete vergleicht, so ergibt sich, daß die Abweichungen nur ganz untergeordnete Punkte betreffen, und die „France“ wohl Ursache hat, sich zu rühmen, daß ihre Mittheilungen in allem Wesentlichen sich vollständig bestätigen. Ueber die Maßregel selbst fügt die „France“ hinzu: „Es ist die Politik des Friedens, die hier durch einen entscheidenden Schritt betont wird, und Frankreich ist es, das voll Vertrauen und Friedensliebe Europa das Beispiel einer ernstlichen Beschränkung der Heeresausgaben bietet.“ Uebrigens wird zur Verubigung für ängstliche Franzosen hinzugefügt, daß die Fundamental-Organisation der tapferen Armee unberührt bleibt und die Einrichtung so ist, daß in kürzester Frist Offiziere und Soldaten bereit sind, unter die Fahne zu treten. Die Ersparnisse werden, wenn Alles ausgeführt ist, runde 27 Mill. Fr. jährlich betragen. Alle Blätter drücken übrigens ihr Erstaunen über den Vorgang aus. Einige sind sarkastisch, wie der Temps, der die Regierung wegen der Rapidität, mit der sie ihre verschiedenen Entschlüsse faßt, bewundert; die „Patrie“ triumphirt. „Der Moniteur“ — so sagt dieses Blatt — „belaagt sich über die schlecht unterrichteten Blätter. Das allein schlecht unterrichtete war aber der „Moniteur“ selbst. Das officielle Blatt veröffentlicht das Decret, dessen Unterzeichnung wir angeklündigt. Die Bestimmungen desselben sind in zwei oder drei Punkten modificirt, was wir aber bereits gestern hätten ankündigen können. In der Gesamtheit waren aber unsere Angaben richtig. Warum dieses Dementi im Moniteur? Es ist uns unerklärlich. Man gestattet uns wohl, bei dieser Gelegenheit über die Journale zu lachen, welche die Moniteur-Note so ernsthaft aufnahmen.“ — In dem 18. Bande der Correspondenz des Kaisers Napoleon findet sich folgender Brief, in dem es sich um einen Plan handelt, dem zufolge ein Einfall in England auf Luftballons gemacht werden sollte. Das Actenstück lautet, wie folgt:

Der Kriegs-Minister General-Clark unterbreitet dem Kaiser das Project eines Herrn Bomond, ehemaligen Chefs des Luftschiffahrer-Bataillons (bataillon des aérostatiers), welcher proponirt, mit 100 Mergelfieren, von je 100 Meter Durchmesser, einen Einfall in England zu machen. Jedes Schiff derselben könnte 100 Mann mit vierzehntägigem Mundvorrath, zwei Kanonen mit Pulvervorrath, 25 Pferde und das zur Alimentation der Mergelfiere nöthige Holz beherbergen.

Napoleon I. schrieb eigenhändig an den Rand der Eingabe: „An Herrn Monge, um zu erfahren, ob es sich der Mühe lohnt, einen Versuch im Großen zu machen.“ Gesagt wird nicht, ob der Kriegs-Minister in der Sache etwas gethan hat. — Die hiesigen Blätter veröffentlichen alle nach der königlichen Zeitung die Nachricht, daß die Russen des preussischen 34. Regiments bei ihrer Rückkehr nach Raßlau in den Augenwerken internirt oder auf 14 Tage in Urlaub geschickt worden sind. Nun hat man aber nicht hinzugefügt, daß diese Maßregeln wegen der Cholera in Paris ergriffen wurden, und Viele glauben heute allen Ernstes, daß der österreichische Gouverneur von Raßlau die Preußen gestraft habe, weil sie es wagten, sich nach Paris zu begeben. — Louis Blanc, der schon seit längerer Zeit londoner Briefe für den Temps schreibt, unterzeichnet dieselben jetzt.

— 17. Nov. Die „Patrie“ meldet den hier-

selbst erfolgten Tod des polnischen Fürsten Witold Czartorski. Dasselbe Blatt versichert, daß Oesterreich sich entschlossen habe, seine Armee in Italien zu reduciren. — Man hält es für gewiß, daß Spanien geneigt ist, in seinen Differenzen mit Chili „hohe Vermittelung“ anzunehmen.

\* **London, 16. Nov.** [Das Ministerium. Langiewicz. Garibaldi. Zum Feuertempel. Zur Viehsuche.] Auf die endgültige Neubildung des Ministeriums wartet man noch immer vergeblich. — Falschen Angaben entgegenstehend, erklärt heute Langiewicz, daß er seit neun Wochen England nicht verlassen habe, daß er seit 1862 nicht mehr in Paris gewesen sei, daß er Hr. Pope Hennessy persönlich nicht kenne und in keiner Verbindung mit ihm stehe, daß er mit dem Fürsten Sapieha keine Unterredung gehabt habe. — In einem Briefe an seinen londoner Freund J. Richardson kermelt Garibaldi, daß die Berichte der Zeitungen über den Verkauf seiner Pferde, aus Geldnoth irrig seien. Er habe zwei Pferde verkauft aus dem einfachen Grunde, weil sie ihm überflüssig gewesen seien, nicht aus Geldmangel; den Englischen Freunden aber, welche ihren Beistand angeboten hätten, danke er nichts desto weniger für ihre eble Absicht, wenn er auch der Unterstützung nicht bedürfte. — Aus Dublin wird gemeldet, daß Stephens und dessen Mitangeklagte den Assisen überwiesen worden; Stephens weigert sich, sich zu verteidigen, und verwahrt sich gegen die Anwendung englischer Gesetze in Irland. — Die von dem geheimen Staatsrath mit der Berichterstattung über die Viehsuche beauftragte Commission hat ihren ersten Bericht veröffentlicht, der strengste Vorbeugungsmaßregeln empfiehlt. So soll nur solches Vieh, das zum sofortigen Schlachten bestimmt ist, auf den Markt gebracht werden und dazu ein besonderer Erlaubnißschein erforderlich sein. Die Metzger sollen das Vieh, das sie gekauft haben, innerhalb einer bestimmten Frist schlachten. Kein Thier, das an den Markt gebracht wird, darf den Ort lebendig wieder verlassen. Inficirte Bezirke sind so streng als möglich abzuschließen, doch möge die den Inspectoren ertheilte Ermächtigung, jedes an der Suche erkrankte Thier tödten zu lassen, wieder zurückgenommen werden. Vom Auslande kommendes Vieh soll am Landungsorte geschlachtet werden und die Landung auch nur in bestimmten Hafensplätzen geschehen. Für Irland sollen die Maßregeln nicht in ihrer ganzen Strenge angewandt werden, doch auch dort ist große Vorsicht nöthig.

\* **Brüssel, 16. Nov.** [Der König. Minister von seinem Affen gebissen. Parlamentarisches. Der König ist sehr leidend, jedoch soll keine Gefahr vorhanden sein. Der Kriegsminister Chazal ist an einer Bißwunde erkrankt, die ihm ein gezähmter Affe, den er im Hause hielt, am rechten Arme beigebracht hat. Das Thier war plötzlich wüthend geworden und hat auch andere Bewohner des Ministeriums verletzt. Die Wunde des Kriegs-Ministers war gefährlich genug, um einen Augenblick lang den Eintritt des Tetanus befürchten zu lassen und einer schmerzhaften Operation zu bedürfen. — Der Senat hat sich gestern auf unbestimmte Zeit vertagt. — Das Abgeordnetenhaus hat das Bureau der vorigen Session wieder gewählt. (Präsident: Vandennepereboom.) In heutiger Sitzung ist das Finanz-Budget fast einstimmig genehmigt worden.

## Vereins-Heil.

**Berlin, 18. November.**

Die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins ist bekanntlich durch eine Anordnung des Vereinspräsidenten auf den 25. v. M. nach Frankfurt a. M. anberaumt.

Es mögen wohl Wenige in unserm Vereine sein, welche nicht die Wahl Leipzigs erwartet hatten und nicht durch die Wahl Frankfurt zum Versammlungs-orte in Staunen versetzt wurden.

Wenn wir heute ausdrücklich auf diesen Gegenstand zu sprechen kommen, so geschieht es aus gewichtigen Gründen. Es ist das erste Mal seit Be-

stehen dieses Blattes, daß wir uns veranlaßt sehen, auf diesem Wege unser Bedauern über eine Anordnung des Vereinspräsidenten auszusprechen, und unsere Vereinsgenossen kennen uns genug, um zu glauben, daß solches nur nach reiflicher Ueberlegung geschehen konnte. Desto geneigteres Ohr dürfen wir bei ihnen voraussetzen.

Die Gründe, welche für Leipzig im Gegensatz zu Frankfurt sprechen, sind theilweise solche, welche sich der Öffentlichkeit entziehen, die aber jeder unserer Parteigenossen, der die Vereinsverhältnisse und den Stand unserer Agitation mit selbständigem Blicke verfolgt hat, genügend erfassen haben wird.

Aber wir haben nicht nöthig, auf diese Gründe zurückzugreifen; diejenigen, welche sogleich vor der Öffentlichkeit besprochen werden können, sind für sich allein ausreichend.

Die erste Generalversammlung des Vereins, vor etwa 11 Monaten, war in Düsseldorf, die Central-Stiftungsfeier (gewissermaßen eine formlose General-Versammlung) fand vor etwa 6 Monaten in Frankfurt a. M. statt — wie soll der Verein dazu kommen, jetzt, nach 6 Monaten, abermals nach Frankfurt a. M. zu gehen?

Welches ist das nächstliegende Princip, nach welchem die Wahl eines Ortes für die Generalversammlung zu treffen war?

Wir müssen der Beantwortung dieser Frage eine Erörterung vorausschicken.

Nach unsern Satzungen steht es dem Vereinspräsidenten zu, Ort und Zeit der Generalversammlung zu bestimmen. Manche könnten daher meinen, es verstoße gegen die Vereinsdisciplin, wenn irgend Jemand bei Erledigung dieser Sache mit-sprechen wolle.

Hierauf wäre zunächst zu erwidern, daß man selbst einem solchen gegenüber, der mit dictatorischer Gewalt ausgestattet ist, das Recht der Vorstellung hat.

Allein es ist nicht nur dies, es ist etwas weit Wichtigeres, was zu erwidern ist: daß nämlich jener Meinung eine gänzlich irrige Auffassung von Parteidisciplin zu Grunde läge — eine Auffassung, die allerdings in unserm Vereine hin und wieder hervorgetreten ist, demselben aber nicht sonderlich zum Nutzen gereicht hat.

Machen wir uns die Sache klar!

Dem Präsidenten unseres Vereins ist dictatorische Gewalt gegeben: allein er kann diese Gewalt nicht, wie etwa ein absolutistischer Despot, nach persönlichem Belieben gebrauchen, sondern das Interesse der Partei, gewisse oberste leitende Gesichtspunkte müssen der unwandelbare Leitstern für sein Thun und Lassen sein.

Wer, in solcher Stellung, dies deutlich erfassen hat, der wird bedenken, daß jedes menschliche Urtheil trügen kann und wird daher in wichtigen Dingen nicht handeln, ohne mit Parteifreunden Berathung gepflogen zu haben. Denn wenn der Verein so viele Gewalt in Eine Hand legte, so geschah es, weil er für alle Fälle die Möglichkeit rascher Action gewährleisten wollte, nicht aber geschah es in dem Sinne, als habe der Verein sagen wollen: „Wir begeben uns jedes selbstständigen Urtheils — dein Urtheil ist hinfort das unsere.“ Demzufolge hat auch Passalle — dies ist eine besonders hier in Berlin sehr bekannte Thatsache — in Vereinsangelegenheiten, welche nicht gerade dringlicher Natur waren, keinen wesentlichen Schritt unternommen, ohne ihn vorher mit Parteifreunden besprochen zu haben.

Leider scheint im vorliegenden Falle nicht so verfahren worden zu sein, da doch sonst die Erwartung des Vereins hätte zu Tage kommen müssen.

Eine General-Versammlung ist für unseren Verein eine äußerst wichtige Sache — und wenn mancher dies vielleicht nicht völlig erfassen haben sollte, so könnte dies nur eine Folge des Umstandes sein, daß die bisherigen Versammlungen des Gesamtvereins allerdings nicht ganz die Bedeutung erreichten, die sie hätten erreichen können.

Doch kommen wir nunmehr auf unsere Frage zurück!

Welche Gründe — so fragten wir — mußten für Leipzig im Gegensatz zu Frankfurt sprechen.

Wir wollen uns nicht mit Erwägungen untergeordneter Art aufhalten — nur die zwei haupt-